

## Beschluss

Kein Widerspruch: Freiheit und Sicherheit

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

### Antragstext

#### 1 **Polizei bürgernah machen sowie personell und materiell gut ausstatten**

2 Bündnis 90/Die Grünen verstehen sich als die Partei der Grund- und Bürgerrechte. Vorschläge zur  
3 Verbesserung der inneren Sicherheit prüfen wir nach drei Kriterien sorgfältig: Rechtsstaatlichkeit,  
4 Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. Die Sicherheit im Land wird dagegen nicht gestärkt, indem man  
5 Bürgerrechte massiv beschneidet. Maßnahmen, die die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken,  
6 dürfen nicht Alltag im Polizeiwesen werden und lehnen wir ab. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2017  
7 geht die Kriminalität in Brandenburg auch weiterhin zurück. Dies unterstreicht, dass keine grundsätzlich  
8 neuen Befugnisse für die Polizei vonnöten sind. Brandenburg kann beides: Bürgerrechte bewahren und  
9 gleichzeitig sicher sein!

10 Wir wollen eine bürgernahe, personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Brandenburg braucht mehr  
11 Polizistinnen und Polizisten in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den Sorgen  
12 der Bürger\*innen sind. Wir wollen eine weltoffene und moderne Polizei und sie in die Lage versetzen, auch  
13 auf neue Herausforderungen, wie zunehmende Hass-Delikte Internet und Wirtschaftskriminalität wirksam  
14 zu reagieren. Auch in ländlichen Räumen muss wieder mehr Präsenz möglich sein, um Vieh- und  
15 Maschinendiebstähle effektiv verhindern bzw. aufklären zu können. Wir wollen die Alltags-Ausrüstung der  
16 Polizei verbessern und modernisieren. Außerdem werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für  
17 Polizeibeamt\*innen stärken. Um die Motivation zu erhöhen und den Krankenstand zu senken, wollen wir  
18 das Gesundheitsmanagement ausweiten. Beamt\*innen, die länger als bis zum Pensionierungsalter arbeiten  
19 wollen, sollen dies tun können. Dafür wollen wir den Pensionseintritt flexibler  
20 gestalten. Das inzwischen undurchschaubar gewordene Zulagensystem wollen wir entrümpeln und fair für  
21 alle gestalten.

22 Zu einer bürgernahen Polizei gehört auch ein transparenter Umgang mit Kritik. Wir streben die Schaffung  
23 einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle an, die gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger\*innen als auch  
24 für Polizeibeamt\*innen sein soll. Damit schaffen wir eine Art Kontaktzentrum für die Zivilgesellschaft mit  
25 der Aufgabe, reale oder vermeintliche Übergriffe aus dem Polizeiapparat überprüfen zu lassen. Zur  
26 Wahrung der Unabhängigkeit soll die Beschwerdestelle beim Landtag angesiedelt sein. So schaffen wir  
27 mehr Vertrauen in eine bürgernahe Polizei.

28

#### 29 **Maß halten: Überwachung und Militarisierung zurückweisen**

30 Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und Online-Durchsuchung stellen tiefgreifende Eingriffe  
31 in das Privatleben dar, da ein Schadprogramm auf dem Gerät installiert werden muss, das privateste  
32 Informationen mitschneidet. Noch problematischer sind diese Maßnahmen aber, weil sie erfordern, dass  
33 der Staat aktiv Sicherheitslücken, die alle Geräte betreffen, geheim hält, um sie gegen einzelne Verdächtige  
34 einzusetzen. Damit wird die innere Sicherheit nicht gestärkt, sondern massiv geschwächt. Von IT-Sicherheit

35 hängt nicht nur die Privatsphäre aller Bürger\*Innen ab, sondern auch das Funktionieren unserer Behörden,  
36 Infrastruktur und der gesamten Wirtschaft. Bereits erfolgte verheerende Angriffe z.B. auf Britische  
37 Krankenhäuser auf Basis von Sicherheitslücken, die Geheimdiensten bereits jahrelang bekannt waren,  
38 zeigen, welch immenser Schaden dadurch angerichtet werden kann. Wir wollen Vertraulichkeit und  
39 Integrität von IT-Systemen gewährleisten. Das bedeutet für uns, Sicherheitslücken zu  
40 beseitigen statt auszunutzen.

41 Die Elektronische Fußfessel stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen dar  
42 und wird daher bisher nur gegen schwere, gerichtlich verurteilte Straftäter\*innen eingesetzt. Einen  
43 vorbeugenden Einsatz lehnen wir als grundgesetzwidrig und unverhältnismäßig ab, zumal sie  
44 erwiesenermaßen niemanden an einem Terroranschlag oder einer Straftat hindern kann. Die  
45 Schleierfahndung lehnen wir ab. Sie bindet im Verhältnis zum Ertrag viel zu viele Ressourcen, die an  
46 anderen Stellen dringender benötigt werden. Die Sammlung und Auswertung von Massendaten  
47 beispielsweise aus dem Bereich der Telekommunikation halten wir für einen unverhältnismäßigen Eingriff  
48 in die Grundrechte aller Bürger\*innen. Außerdem ist sie weitgehend ungeeignet, um terrorbereite Personen  
49 zu ermitteln. Sowohl der Berliner Weihnachtsmarktattentäter Anis Amri als auch die  
50 NSU-Rechtsterrorist\*innen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe waren bereits vor ihren  
51 Attentaten den Sicherheitsbehörden  
52 aufgefallen. Es waren also keine solchen Massendaten erforderlich, um diese Terrorist\*innen als solche zu  
53 erkennen.

54 Videoüberwachung kann potenzielle Straftäter\*innen und Terrorist\*innen nicht abschrecken. Sie kann  
55 lediglich an neuralgischen Orten mit erhöhtem Gefahrenpotential Menschen ein Gefühl von Sicherheit  
56 vermitteln und helfen, Straftaten besser aufzuklären. Um dem präventiven Ansatz der Videoüberwachung  
57 gerecht zu werden, wird genügend Personal benötigt, damit bei einem erkannten Ereignis unmittelbar  
58 reagiert werden kann. Eine Überwachung des öffentlichen Raums ist mit unseren Grund- und  
59 Freiheitsrechten in der Regel nicht vereinbar. Auch eine technische Aufrüstung der  
60 Videoüberwachungssysteme in Richtung einer automatisierten Verhaltensbewertung oder Identifikation  
61 von Personen lehnen wir ab.

62  
63 Eine allgemeine Militarisierung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten weisen wir als  
64 völlig unverhältnismäßig zurück. Allein Spezialeinheiten der Polizei (SEK, MEK) dürfen die unabdingbar  
65 notwendigen Waffen für den Antiterror-Einsatz erhalten. Die Aufgaben von Polizeihunden beschränken wir  
66 auf Such- und Spürtätigkeiten. Tiere sind keine Waffen und dürfen nicht als solche eingesetzt werden,  
67 daher setzen wir uns dafür ein, dass die in Stahnsdorf stationierte Reiterstaffel der Bundespolizei oder die  
68 anderer Bundesländer in Zukunft in Brandenburg nur noch zu repräsentativen und protokollarischen  
69 Zwecken zum Einsatz kommen.

70 Wir wollen aber auch die Gesellschaft entmilitarisieren. Den Besitz von voll- und halbautomatischen  
71 Schusswaffen wollen wir generell verbieten. Dies gilt auch und gerade für Sportschütz\*innen und  
72 Jäger\*innen. Das frühere Verbot von Schalldämpfern wollen wir wieder in Kraft setzen, Schusswaffen mit  
73 Nachtsichtgeräten nicht zulassen. Sportschütz\*innen sollen keine Munition mehr zu Hause einlagern  
74 dürfen. Die Ausgabe von Waffenscheinen ist maximal zu beschränken, die gesetzlich vorgeschriebene  
75 Kontrolle des Waffenbesitzes konsequent umzusetzen.

76  
77 Wir wollen gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren,  
78 grundsätzlich zeitlich befristen, um ihre tatsächliche Wirksamkeit sowie ihre anhaltende Notwendigkeit  
79 überprüfen zu können. Als wichtigsten Baustein der Terrorabwehr sehen wir die Prävention gegen  
80 Radikalisierung an. Die Prävention wollen wir beispielsweise in Schulen, in den Gemeinden, in der  
81 Sozialarbeit und in Gefängnissen stärker fördern. Daneben müssen angesichts neuer Herausforderungen  
82 durch internationalen Terrorismus hohe Aus- und Fortbildungsstandards für die Kriminalpolizei,  
83 insbesondere für Spezialist\*innen im Staatsschutzbereich, geschaffen werden, die bundesweit gelten. Wir  
84 wollen für eine ausreichende Personaldecke sorgen.

85 **Hass, Hetze und Mobbing im Netz bekämpfen**

86 Wir erleben gerade in den sozialen Medien eine Verrohung der Sprache, eine sich ausbreitende  
87 Respektlosigkeit gegen Andersdenkende und offen vorgetragene Hassparolen gegen Nichtdeutsche,  
88 Glaubensgemeinschaften, Minderheiten, einzelne Bevölkerungsgruppen oder schlicht Andersdenkende.  
89 Hass, Hetze und Mobbing stellen eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar, da sie Menschen  
90 gezielt von der gleichberechtigten Teilnahme an einer Debatte abhalten. Wir fordern, dass  
91 Einschüchterungen und Straftaten dieser Art mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Der  
92 Ausweitung der privaten Rechtsdurchsetzung durch Online-Plattformen widersprechen wir, stattdessen  
93 fordern wir einen Ausbau der Kapazitäten und gezielte Schulungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in  
94 diesem Bereich. Wir wollen auch Opferschutzverbände, Beratungsstellen und psychotherapeutischen  
95 Einrichtungen entsprechend unterstützen. Zudem braucht es einfachere Wege, illegale Inhalte zu melden  
96 und anzuzeigen. Die  
97 massenhafte Nichtbearbeitung von Anzeigen in diesem Bereich aufgrund von Überlastung der  
98 Sicherheitsbehörden darf nicht mehr vorkommen.

99 **Die Justiz arbeitsfähig machen - und weiterentwickeln**

100 Ein funktionierender Rechtsstaat erfüllt eine unverzichtbare Funktion für den Sozialen Frieden und  
101 Gerechtigkeit im Land und ist eine wichtige Säule jedes demokratischen Staates. Er muss für alle  
102 Mitglieder der Gesellschaft Schutz bieten, insbesondere für die Schwächsten. Die Möglichkeit, zum eigenen  
103 Recht zu kommen, darf nicht vom Geldbeutel oder vom Status abhängen.  
104 Wir sind stolz auf den Rechtsstaat, der in 25 Jahren in Brandenburg aufgebaut wurde und wollen alles  
105 daran setzen, ihn weiter zu verbessern und Missstände zu beheben.

106  
107 Die Verfahrensdauer in Brandenburg zählt zu den längsten bundesweit, was das Vertrauen in den  
108 Rechtsstaat schwer beschädigt. Dies führt auch regelmäßig zu sogenannten „Strafabatten“ für Verurteilte.  
109 Ursache ist eine andauernde Personalnot und der hohe Krankenstand im gesamten Justizwesen, aufgrund  
110 von Arbeitsbelastung und Personalengpässen. Durch die Überalterung und die damit verbundene hohe  
111 Anzahl an Bediensteten, die in den kommenden Jahren in Pension gehen, wird sich das Problem sogar noch  
112 weiter verschärfen. Wir wollen den Rechtsstaat reaktionsschnell machen und eine angemessene  
113 Verfahrensdauer erreichen. Kleine Amtsgerichte und Außenstellen möchten wir erhalten und alle  
114 Formulare via Internet erreichbar machen. Diese wollen wir in puncto Verständlichkeit deutlich verbessern.  
115 Für die Umsetzung aller Maßnahmen bedarf es entsprechend ausgebildeten Personals in ausreichender  
116 Zahl. Die von der Landesregierung angekündigten Verbesserungen sind nicht ausreichend.

117 Statt Gefängnis-Karrieren zu befördern oder Menschen einfach wegzusperren setzen wir im Justizvollzug  
118 auf die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Das grundsätzlich gut aufgestellte  
119 Strafvollzugsgesetz des Landes mit seinem Fokus auf Resozialisierung wollen wir dahingehend auch  
120 konsequenter umsetzen. Eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz für die Bevölkerung. Die  
121 Diskussion über Gewalt wird vor allem nach besonders drastischen Fällen immer wieder auf das Strafrecht  
122 verengt. Doch anstatt medienwirksam nach drakonischen Strafen zu rufen, brauchen wir dringend eine  
123 Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. Im Jugendvollzug steht  
124 für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund.

125  
126 Wir wollen außerdem Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung schaffen und Gerichte entlasten z.B.  
127 durch Umstrukturierungen - wie Amtsanwält\*innen und Rechtspfleger\*innen in Rheinland-Pfalz - sowie der  
128 Zurückdrängung von Ersatzfreiheitsstrafen.

129  
130 Wir wollen die Justiz in Brandenburg weiterentwickeln. Bedarf dazu wird seit langem an ganz  
131 verschiedenen Stellen geäußert, etwa bei der Digitalisierung, beim Ausbau moderner  
132 Personalführungsmodelle wie Vertrauensarbeitszeiten, zum Ausbau der Justizakademie, oder bei  
133 Aufgabenübertragungen etwa zwischen Richter\*innen, Rechtspfleger\*innen und Gerichtsvollzieher\*innen,  
134 Entkriminalisierung. Hierzu wollen wir unter anderem eine "Zukunftskonferenz Justiz" anstoßen.

135

136 **Die Feuerwehren fit für die Zukunft machen: Handeln, bevor es brennt**

137

138 Die verheerenden Waldbrände letzten Sommer haben allen vor Augen geführt, wie wichtig ein  
139 funktionierender Brand- und Katastrophenschutz für Brandenburg ist. In Anbetracht des Klimawandels und  
140 der hohen Munitionsbelastung weiter Landesflächen durch ehemalige Militärgelände bleibt die  
141 Waldbrandgefahr hoch. Gleichzeitig sinken die Mitgliederzahlen bei den freiwilligen Wehren und den  
142 Hilfsorganisationen kontinuierlich aufgrund der demografischen Entwicklung, vielen Berufspendler\*innen  
143 und eines geänderten Freizeitverhaltens. Damit ist die Tageseinsatzbereitschaft vielerorts gefährdet.  
144 Zudem hat die Häufigkeit und Komplexität der Einsatzlagen in den vergangenen Jahren zugenommen.

145

146 Die gestiegenen Anforderungen schlagen sich auch in einem gestiegenen Bedarf an Aus- und  
147 Weiterbildung nieder. Wir fordern eine Ausweitung der Ausbildungs- und Schulungskapazitäten an der  
148 Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE). Diese soll zudem neben Eisenhüttenstadt einen  
149 zweiten Standort erhalten, um den Anforderungen eines großen Flächenlandes gerecht zu werden.

150

151 Das bewährte System unserer Stützpunktfeuerwehren wollen wir erhalten und fortentwickeln. Für die  
152 Beschaffung von modernen Einsatzmitteln und Modernisierung von Feuerwachen halten wir auch  
153 weiterhin Landesmittel für angebracht und unverzichtbar. Mittelfristig wird aber zur Aufrechterhaltung der  
154 Einsatzbereitschaft die Unterfütterung von stark belasteten freiwilligen Wehren mit hauptamtlichen  
155 Kräften unvermeidbar sein. Hier wollen wir, dass Land und Kommunen gemeinsam ein tragfähiges  
156 Finanzierungskonzept entwickeln. Das Berufsbild „Kommunalbedienstete mit Feuerwehraufgaben“ sollte  
157 rasch eingeführt werden. Eine Mitgliedschaft in örtlichen Feuerwehren sollte sich bei Bewerbungen für  
158 Arbeitsplätze in solchen Verwaltungen positiv auswirken bzw. die Bereitschaft zur Mitarbeit in der örtlichen  
159 Feuerwehr abgefragt werden dürfen.

160

161 Ein wertschätzender Umgang mit dem Ehrenamt ist unabdingbar. Wir unterstützen ein Prämiensystem,  
162 welches langjährig tätige Freiwillige im Brand- und Katastrophenschutz mit Einmalzahlungen in  
163 Zehnjahresstufen eine monetäre Anerkennung zuteil werden lässt. Nicht hinnehmbar sind Unterschiede in  
164 der Hinterbliebenenversorgung. Ein Unfall im Ehrenamt darf nicht zu einem finanziellen Desaster führen.  
165 Hier wollen wir weiterhin für einen Ausgleich über den Landeshaushalt sorgen, bis  
166 Sozialversicherungssysteme angepasst sind.

167

168 Wir wollen Feuerwehrkräfte von Aufgaben entlasten, die auch von anderer Stelle qualifiziert durchgeführt  
169 werden können, solange keine Gefahr für Leib und Leben droht: Beseitigung von Ölsuren auf Straßen,  
170 Tragehilfe im Rettungsdienst sowie Notöffnung von Türen. Dem Waldumbau weg von Kiefermonokulturen  
171 kommt bei der Prävention von Waldbränden große Bedeutung zu. Bei der Waldbrandbekämpfung aus der  
172 Luft bei Großschadenslagen setzen wir uns für vertiefte Kooperationen mit dem Bund und anderen  
173 Ländern ein.

174 **Kampfmittel schneller beräumen**

175 Mehr als 70 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs schlummern immer noch viele Bomben in  
176 brandenburgischen Böden. Die Wahrscheinlichkeit, dass Bomben mit chemischen Langzeitzündern  
177 detonieren, steigt von Tag zu Tag. Der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) der Brandenburger Polizei ist  
178 aktuell jedoch weder finanziell noch personell hinreichend ausgestattet, um dieser Herausforderung  
179 gerecht zu werden. Bearbeitungszeiten von mehreren Monaten für eine Kampfmittelfreigabe behindern  
180 den Wohnungsbau und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Städte und Gemeinden. Daher fordern wir  
181 eine bessere Finanzierung und personelle Ausstattung des KMBD. Wir brauchen darüber hinaus  
182 einheitliche rechtliche Regelungen zur Kostenübernahme der Kampfmittelsuche und -beseitigung. Um  
183 Planungssicherheit herzustellen, muss die Rechtsauffassung darüber, wann eine Fläche als kampfmittelfrei  
184 zu betrachten ist, zwischen Bau- und Innenministerium vereinheitlicht werden.

185 **Mehr Freiheit wagen**

186 Freiheit ist kein Tool im politischen Baukasten, sondern ein Grundwert, der auf Recht und Verantwortung  
187 beruht. Überall kämpfen Menschen um ihre Freiheit. Sie wird von verschiedensten Seiten immer wieder  
188 bedroht und muss gesellschaftlich immer wieder neu ausgehandelt werden. Aktuell gibt es neue autoritäre  
189 Bestrebungen, die auf eine einheitliche "Volksgemeinschaft" hinarbeiten und damit auf die Rückabwicklung  
190 vieler erkämpfter Freiheiten des Einzelnen Menschen. Aber auch Umweltverschmutzung, Klimawandel,  
191 wirtschaftliche Zwänge oder Machtkonzentrationen bei großen Konzernen beeinflussen maßgeblich,  
192 welche Freiheiten wir tatsächlich ausleben können.

193 Wir wollen grundsätzlich die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund stellen. Wo  
194 durch die Summe des Verhaltens einzelner ein gesamtgesellschaftlicher Schaden entsteht, können  
195 gesetzliche Regelungen nach ausführlicher gesellschaftlicher Debatte nötig und sinnvoll sein. Alles, was  
196 anderen nicht schadet, geht hingegen den Staat nichts an und sollte nur der persönlichen  
197 Lebensgestaltung überlassen werden.

198 Daher wollen wir nicht mehr zeitgemäße Verbote abschaffen. Dazu gehört beispielsweise das Tanzverbot  
199 am Karfreitag: solange die Feiertagsruhe von anderen nicht beeinträchtigt wird, soll jede\*r, der tanzen will,  
200 dies auch tun! Cannabis-Konsum und Schwarzfahren wollen wir entkriminalisieren. Damit entlasten wir  
201 auch Polizei und Justiz, die sich dann stärker den wirklichen Verbrechen und Gefahren widmen können.